

Studenten für Ostkontakte

Delegation reist bereits in den nächsten Tagen nach Moskau

Bonn (ap). Der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) hat sich zu einem verstärkten Ausbau der Beziehungen zu den Studentenschaften der Ostblock-Staaten entschlossen. Ein Kontakt mit Vertretern der Zonen-Hochschulorganisation wird jedoch weiterhin abgelehnt.

Schon in den nächsten Tagen reist eine fünfköpfige Studentendelegation unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Lenhard Holschuh nach Moskau, um die Möglichkeiten eines engeren Kontaktes zu sondieren. Die Delegation hat weitgehende Verhandlungsvollmachten, insbesondere für die Vereinbarung eines langfristigen Stipendiatenaustausches.

Der neue Vorsitzende des VDS, Meschkat (Berlin), begründet den Wunsch nach einer engeren Fühlungnahme namentlich damit, daß man es sich einfach nicht leisten könne, das Bild von der Bundesrepublik im Ostblock durch die FDJ-Vertreter der sowjetzonalen Hochschulen bestimmen zu lassen. Es sei notwendig, in diesen Staaten ein objektiveres Bild von der Bundesrepublik zu vermitteln.

Bei der Aufnahme engerer Beziehungen, etwa bei einem Studentenaustausch oder der Schaffung gemeinsamer Ferienlager, hofft der VDS auf die Zustimmung und das Wohlwollen derjenigen deutschen Stellen, die solche Projekte zu finanzieren hätten. Dem Vernehmen nach sind von keiner offiziellen Seite Einwendungen gegen die Vorhaben des VDS erhoben worden. Es ist anzunehmen, daß einem langfristigen Stipendiatenaustausch die Entsendung sogenannter Kontakstipendiaten vorausgeht, die sich mehrere Monate im Gastland aufhalten und an den Universitäten Umschau halten,

um den eigentlichen Studentenausschuß vorzubereiten.

Das Interesse an engen Beziehungen ist zweifellos auch auf der anderen Seite vorhanden. Die sowjetische Studentendelegation, die vor kurzem die Bundesrepublik besuchte, hat mit Nachdruck einer Kontaktaufnahme das Wort geredet. Auch aus Rumänien, Bulgarien und der Tschechoslowakei liegen Einladungen zu Besuchen und Gesprächen beim VDS vor. Mit Polen besteht seit dem vergangenen Jahre bereits eine Vielzahl von Beziehungen, die noch weiter ausgebaut werden sollen.

Wiedervereinigung soll akut bleiben

Berlin (ap/dpa). Die Frage der deutschen Wiedervereinigung ist in diesen Tagen von den verschiedensten Politikern im In- und Ausland erörtert worden. Der österreichische Bundeskanzler Raab schlug bei seinem Besuch in den USA vor, die vier ehemaligen Besatzungsmächte sollten eine Lösung der deutschen Frage durch die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission vorantreiben.

Auch das Kuratorium Unteilbares Deutschland bewegte sich mit seinem Zwölfpunkte-Programm politischer Leitsätze aus Anlaß des fünften Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 auf der gleichen Bahn. Es betont, die deutsche Politik müsse darauf hinarbeiten, daß die deutsche Frage nicht von der internationalen Tagesordnung verschwinde. Eine Wiedervereinigung werde jedoch nur dann möglich sein, wenn sie nicht zu einer Frage der Machtpolitik der einen oder anderen Seite werde. Im Gegensatz dazu erklärte der demokratische US-Senator Mansfield vor kurzem in Washington, Deutschland sei ein Teil des Westens und

müsse es auch bleiben. Ein Friede, der die Trennung Deutschlands vom Westen voraussetze, könne kein wirklicher Friede sein. Mansfield stellte jedoch die Frage, ob nicht freie Wahlen umfassende Vorbereitungen durch die Deutschen selbst erforderten. Gleichzeitig betonte Mansfield, er könne nicht einsehen, daß die jetzige Form und das Ausmaß der militärischen Beteiligung der Bundesrepublik als unumstößlich betrachtet werden müßten. Auf diesem Gebiet sollten vernünftige Vorschläge bei Verhandlungen „nicht von vornherein abgelehnt“ werden.

Aktion gestoppt

Berlin (Eigenmeldung). Die Versuche der SED, die im Ostsektor arbeitenden Westberliner Grenzgänger und Eisenbahner unter Druck zu zwingen, sich unterschrittlich für die SED-Kandidaten bei den Westberliner Wahlen auszusprechen, wird vorerst von kommunistischer Seite nicht fortgesetzt. Offenbar habe, so heißt es in einer Senatsklärung, die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit dazu beigetragen, daß die Pankower Machthaber einwillen „kurztreten“.

Am Wendepunkt

DT. Mit ihrer Niederlage bei den Bundestagswahlen im vorigen Herbst hatte die Sozialdemokratische Partei verständlicherweise eine bittere Enttäuschung zu überwinden. Auch außerhalb der eigenen Reihen wünschte man ihr das Gelingen, sich als zweitstärkste und damit bedeutendste politische Gruppe wieder zu fangen, um nicht in störrischen Radikalismus abzugleiten. Man verband diesen Wunsch aber gleichzeitig mit der Hoffnung auf eine wirklich lebensnahe Regeneration des demokratischen Sozialismus, wenn er, woran nicht zu zweifeln war, auch künftig seine bedeutsame Rolle in der deutschen Politik spielen sollte; sogar die erklärten Gegner der SPD verzichteten auf hämische Schadenfreude im Hinblick auf den Wert einer konstruktiven Opposition. In der Partei selbst hörte man sofort laute Selbstkritik, und zwar vornehmlich auf ihrem rechten Flügel, der sich um die erhofften bürgerlichen Stimmen geprellt sah. Die Forderungen nach Reformen an Rumpf und Gliedern, selbst auf die Gefahr schmerzhafter Amputationen hin, waren anfangs so energisch, daß die Funktionäre der älteren Generation erschauern mochten. Aber diese Forderungen wurden nur für die Ideologie und Organisation der Partei erhoben, nicht für ihr Wirken als Opposition, obgleich gerade hier Änderungen und Erneuerungen gleich zu Anfang der Legislaturperiode notwendig gewesen wären.

Es bot sich das merkwürdige Bild, daß die fortschrittlichen, reformwilligen Kräfte auf der rechten, die beharrenden in der langen Geschichte der SPD schon als „konservativ“ zu bezeichnenden Funktionäre auf der linken, der „marxistischen“ Seite standen. Damit traten längst vorhandene Gegensätze lediglich verschärft und ungetarnt aus dem Schatten der internen Diskussionen. Unfair und falsch wäre es gewesen, einen Sündenbock für die Wahlniederlage zu suchen und die Vorwürfe etwa auf Ollenhauer zu konzentrieren. Vielmehr muß

anerkannt werden, daß bei allen harten Klagen und Anklagen der Geist der Partnerschaft im weiten Bereich der Sozialdemokratie gewahrt wurde.

Die erste Erregung und die unmittelbare Enttäuschung über das Wahlergebnis legten sich. Es wuchs zwar kein Gras darüber, aber der Abstand ließ allmählich die allzu forschen Stimmen der Neuerer verstummen. Damit hatte die Parteiführung offensichtlich gerechnet. Jetzt, acht Monate nach der Wahl, müßte der nun in Stuttgart beginnende Bundesparteitag normalerweise mehr Aussicht auf Gelingen haben, als das unmittelbar im Zeichen der Wahlniederlage möglich gewesen wäre. Ob er deswegen aber ein ruhiger Parteitag werden wird, darf bezweifelt werden. Das Grundsatzprogramm, an dem schon seit Jahren emsig gearbeitet wird, soll erstmalig offen debattiert werden. Wird sich aber ein verbindliches, befriedigendes Grundsatzprogramm überhaupt jemals gültig verabschieden lassen? Die Sozialisten haben allen Grund, ihre bisherigen Leitsätze zu überprüfen. Daß diese Notwendigkeit nicht nur in Deutschland besteht, hat kürzlich die Sozialistische Partei Österreichs deutlich gemacht. Der Sozialismus in Deutschland steht mehr noch als der in Frankreich oder in England im allgemeinen Blickfeld. Von ihm erwartet man eine besonders klare Entscheidung über Tradition und Fortschrittlichkeit. Denn beides ist bestenfalls durch theoretische Konstruktionen, kaum aber noch in der Praxis zu vereinbaren, was ja gerade die deutsche Wirtschaftsentwicklung und die damit verbundene veränderte Gesellschaftsstruktur demonstrieren.

Jetzt hat man keine neuen Thesen oder Parolen auf sozialistischem oder gar gesellschaftspolitischem Gebiet. Nach dem vorliegenden Entwurf des Grundsatzprogramms geht es wieder wie eh und jeh um so alte Begriffe wie Sozialisierung, Vergesellschaftung, Gemeineigentum, Wirtschaftskontrolle. Das ist kein Nachteil, sondern könnte sogar klärend und nützlich

sein, wenn sich daraus wenigstens eine deutliche Richtung auf ein in absehbarer Zeit zu erreichendes fest umrissenes Ziel abzeichnen ließe. Aber wird man sich in Stuttgart wenigstens auf das Ziel einigen können?

Um solche Grundsatzfragen zu erörtern und zu beantworten, bedarf es eines ruhigen Nachdenkens und einer Konzentration, die sich durch nichts ablenken läßt. Beides ist nicht vorhanden. Vielmehr befindet sich jetzt die SPD in einem Zustand wechselseitiger Unruhe und Erregung durch neue aktuelle Probleme, die zwar sehr wichtig sind, jedoch die Konzentration auf die Erneuerung der Grundsätze verhindern werden. Die Partei hat diese Probleme der Atomrüstung, der Verteidigung, der Volksbefragung selbst in einer Schärfe aufgeworfen, daß sie auch den eigenen Parteitag erfassen müssen. Neben den Grundsatzproblemen, die zur weisen Selbsterkenntnis aufrufen, bestehen also typische Kampfparolen, die taktisch im allgemeinen Ringen mit der Gegenpartei eingesetzt werden. Das ist ein Zuviel, vom Parteitag kaum zu bewältigen. Es wird die Klärung der Grundsatzprobleme behindern und diese wahrscheinlich in den Hintergrund treten lassen.

Oder gibt es Funktionäre, vielleicht sogar Spitzenfunktionäre, die den Parteitag lieber ganz in die Einmütigkeit von Atom-Deklarationen gleiten lassen als in die Auseinandersetzungen um die Grundsätze? Das wäre nicht nur ein Zeichen von Schwäche, es wäre ein Ausweichen vor dem Notwendigen, fast eine Täuschung der Mitglieder, der Anhänger wie der gesamten Öffentlichkeit. Nicht nur die Sozialdemokraten erwarten eine Antwort auf die Frage, wo die Partei steht und wohin sie strebt. Wenn man jetzt den beschwerlichen Grundsatz-Komplex auf das Nebenoder gar Abstellgleis schieben würde, um lieber mit einer scheinbaren Einigkeit und mit zugkräftigen Atomparolen in die bevorstehenden Landtagswahlen zu marschieren — dann würde das nichts anderes sein als aussichtslose Flucht.

Kanzler eröffnete den Wahlkampf

„Die SPD wechselt ihre Farbe wie ein Chamäleon“

Dortmund (ap). Bundeskanzler Adenauer hat den Landtags-Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen in der Dortmunder Westfalen-Halle mit einer heftigen Kritik an der außen- und wirtschaftspolitischen Konzeption der SPD eröffnet. Ihr Entwurf eines Parteiprogramms, so sagte Adenauer, bestätige die SPD als eine Partei der Fragezeichen. Wie ein Chamäleon wechsele sie ihre Farbe und erscheine einmal kräftig rot, ein andermal blaßrosa, wie es eben gebraucht werde. Ihre Haltung und ihre in den Ländern eingeleiteten Aktionen bedeuteten „die schwerste Gefährdung aller Bemühungen um den Frieden“. Die Aussichten auf kontrollierte Abrüstung würden bei einem Erfolg der sozialdemokratischen Politik „gleich null“ sein.

Der Kanzler betonte, wenn die Bundeswehr nicht mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet werde, verschiebe sich das gegenwärtig annähernd gleiche Gewicht der Kräfte zwischen Ost und West zugunsten der Sowjetunion. Den insgesamt 200 Divisionen der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei und der Sowjetzone stünden nur 24 NATO-Divisionen gegenüber. Es sei jedoch ziemlich sicher, daß in der Bundesrepublik keine Abschlußbasen für Mittelstrecken-Raketen errichtet würden, da das Gebiet bei einem eventuellen Angriff zu schmal sei. Die Bundeswehr besitze auch keine nuklearen Sprengköpfe für irgendwelche Raketen. Sie habe lediglich die Ausrüstung für sechs Matador-Raketen gekauft, die jedoch in den USA stünden und auch blieben. Diese Ausrüstung solle nur der 18 bis 24 Monate dauernden Ausbildung von Bundeswehr-Soldaten dienen, die noch nicht begonnen habe.

Weiter wies Adenauer darauf hin, daß er dem sowjetischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan während dessen Besuch in der Bundesrepublik erklärt habe, jede weitere Ausrüstung deutscher Truppen mit taktischen Atomwaffen würde eingestellt werden, so-

bald eine kontrollierte Abrüstung der nuklearen und der konventionellen Waffen begonnen habe. Der Kanzler fuhr fort, zu der Entscheidung über die atomare Ausrüstung genüge jedoch nicht der Abscheu vor dem Gebrauch dieser Waffen. „Den haben wir alle“, rief Adenauer unter stürmischem Beifall seiner 20 000 Zuhörer aus.

Adenauer gegen Wenger

Bonn (dpa). Bundeskanzler Adenauer hat sich in einem Schreiben an den Bund der Vertriebenen und die Vereinigten Landsmannschaften von den Ausführungen des Publizisten Paul Wilhelm Wenger über Fragen der deutschen Wiedervereinigung distanziert. Wie der Bund der Vertriebenen mitteilt, hat der Bundeskanzler in seinem Schreiben erklärt, daß die Gedanken Wengers in scharfem Gegensatz zur Auffassung und ständigen Politik der Bundesregierung und der CDU/CSU ständen, die darauf abziele, die Wiedervereinigung der getrennten Teile des deutschen Volkes so schnell wie möglich herbeizuführen.

Noch drei Millionen Wohnungen

Schluß mit Primitivbauten! — Abbau der Zwangswirtschaft

Hamburg (ap). Bundeswohnungsbauminister Paul Lücke hat auf der Jahrestagung des Verbandes freier Wohnungsbauunternehmen in Hamburg die Unterbringung von rund 500 000 Flüchtlingen und Ausiedlern in menschenwürdigen Wohnungen als vordringliche Aufgabe bezeichnet. Für dieses Programm stünden zwei Milliarden DM zur Verfügung, von denen in Kürze 865 Millionen D-Mark gemeinsam mit den Ländern bereitgestellt werden sollen. Lücke wandte sich in diesem Zusammenhang dagegen, den Flüchtlingswohnungsbau als Primitivprogramm durchzuführen.

Der Minister betonte den Willen der Bundesregierung,

Hausarbeitstag für den Mann

Iserlohn (dpa). Mit einem Urteil des Arbeitsgerichts Iserlohn ist in den letzten Tagen zum erstenmal in der Bundesrepublik einem Mann ein freier Hausarbeitstag gerichtlich zugesprochen worden. Das Gericht vertrat die Ansicht, daß allein stehende Männer, die eine eigene Wohnung und einen eigenen Haushalt ohne ausreichende Hilfe unterhalten müssen, hinter den berufstätigen Frauen nicht zurückstehen dürften, da inzwischen der Grundsatz der Gleichheit von Mann und Frau verwirklicht sei.

Pieck auf dem Teppich

Berlin (dpa). Eine nicht alltägliche Ehrung ist dem Sowjetzonen-Präsidenten Wilhelm Pieck in dem jüngsten Erholungsheim der Zone, Göttschendorf (an der Strecke Eberswalde—Fürstenberg) zuteil geworden. Dazu heißt es in einem Bericht der Ostberliner Zeitung „Volksarmee“ vor kurzem: „Ein Prunkstück des Heims ist ein großer Wandteppich, in den das Bild unseres verehrten Präsidenten Wilhelm Pieck eingewebt ist. Man hat sofort den Eindruck, als wenn er jeden Gast persönlich begrüßen würde.“

die Wohnungsnot so schnell wie möglich zu beseitigen. In den nächsten vier bis sechs Jahren müßten noch etwa drei Millionen Wohnungen gebaut werden, darunter 1,3 Millionen Wohnungen des sozialen Wohnungsbaues. Seit Kriegsende seien in der Bundesrepublik etwa vier Millionen Wohnungen neu errichtet worden.

Nach Angaben von Lücke untersuche das Bundeswohnungsbauministerium, gegenwärtig die Möglichkeiten zur Einschränkung der Wohnungszwangswirtschaft. Es sei daran gedacht, die Zwangswirtschaft in mehreren Stufen abzubauen, ein entsprechendes Gesetz solle dem Bundestag noch in dieser Legislaturperiode vorgelegt werden.

Geschmückt wie eine Frau . . .

München rüstet zur 800-Jahrfeier — Bier, Weißwurst' und Fasching

R. München (Eigenbericht). Wenn man der Balltoilette einer schönen Frau zusieht, gibt es nur eine Entschuldigung, man muß dazu gebeten sein. Und wenn man darüber spricht, passiert nur dann keine Indiskretion, wenn die Dame Wert darauf legt. München wünscht in diesem Sommer, daß man es mehr bewundert als bisher. Daß man hinafährt, daß man es besucht, denn die Stadt an der Isar wird 800 Jahre alt.

Die Fremdenverkehrsindustrie hat auch von München ein Klischee geprägt. Im Sommer müssen, während man in den paar Stunden zwischen der Bus-Ankunft und Bus-Abfahrt an den Frauentürmen hochschaut, im unvermeidlichen Hofbräuhaus möglichst zünftig zwei halbe Maß gestemmt werden, und mittags (so man da ist) muß man den Blick zwischen dem Glockenspiel am Rathaus und dem Turm des wiederaufgebauten „Alten Peter“ verteilt haben. Auf geht's nach Berchtesgaden, Mittenwald oder zu den bayerischen Schlössern! Ein paar Ansichtskarten an die Lieben daheim eingeschlossen. Im Herbst das Oktober-Fest, im Winter zwischen zwei Skiabfahrten ein Faschingsfest (die Weißwurst' im „Donis!“ nicht vergessen).

Es darf nicht regnen

Wir aber, etwa 30 deutsche Journalisten, sind in diesem etwas verspäteten Frühling ein paar Tage lang Zeugen einer münchenerischen Kraftanstrengung gewesen. Selbst in der Nacht glaubt man das Hämmern, Klopfen und jene unverwechselbaren Geräusche zu hören, die in dieser Stadt die Saison begleiten: „Reißt die Straßen auf, die Fremden kommen.“ Knapp vier Wochen noch, und am Abend des 13. Juni wird sich ein Festzug — einzigartig, wie seine Veranstalter und Verfertiger meinen — durch die Münchener Innenstadt bewegen als Auftakt und erste Erinnerung an die sehr selbstherrliche Tat Heinrichs des Löwen, der 800 Jahre zuvor dem Freisinger Bischof die Brücke abbrach, um den Salz-

transport und den Zoll ein Stück die Isar aufwärts „zu den München“ zu verlegen. Daran erinnert immer noch das Wappen der Stadt, das nur ein liberales Jahrhundert vom Mönch zum „Münchner Kindl“ umzudeuten in der Lage war. Die Münchener haben sich mit einem angeborenen Geschäftssinn diese gefällige Verfälschung der Fremden wegen stets gefallen lassen und sind dabei eine kirchliche Stadt geblieben.

So wird der Festzug auch einige Lücken aufweisen. Die weltberühmte Lola Montez und ihre wahrhaft königliche Affäre mit Ludwig I. mußte auf kirchlichen Einspruch hin aus der historischen Parade ausscheiden. Auch Adolf Hitler kommt darin nicht vor, womit auch hier ein Beitrag zur unbewältigten deutschen Vergangenheit geleistet wird. Oder malte der Gescheiterte aus Linz hier nicht seine anspruchslosen Aquarelle? Meldete er sich nicht hier als Freiwilliger zur bayerischen Armee? Und baute er nicht hier, in der Hauptstadt seiner Bewegung, das „Haus der deutschen Kunst“?

Kostbares Geschmeide

Aber die Kaiserkrone Ludwigs des Bayern und das Bild der Patrona Bavariae, werden ernst durch die Straßen ziehen. Viele hundert Scheinwerfer sollen historische Sinnbilder anstrahlen bis zur ironischen Darstellung jüngerer stadtgeschichtlicher Ereignisse — wenn es nicht regnet am Abend des 13. Juni. Dann allerdings muß alles verschoben werden. Übrigens werden die Metzger, diese für Münchens Fleischappetit in Kalbs- und Schweinshaxen so wichtige Zunft, im Festprogramm nicht mittun. Der Nitrit-Skandal ist ihnen sozusagen auf die Leber geschlagen.

Der Festkalender zu Ehren von 800 Jahren reicht vom Juni bis in den Oktober, füllt gut ein paar hundert Seiten und verzeichnet einzigartige internationale Theater-Aufführungen, konzertante Beiträge, darunter auch die Berliner Phil-

harmoniker, Ausstellungen, wie die auch der „Internationalen Edelkatzen“ und viele Tagungen bis zum Deutschen Reederstag, wobei zu erinnern wäre, daß das bayerische Kontingent unter den deutschen Seeleuten niemals gering war.

Man steht auf der Theresienhöhe und zählt die Türme der Stadt. Keiner fehlt. In zehn Jahren wurde das schattenhafte Bild der schrecklichen Zerstörung, der zeretzten Frauentürme, des herabgestürzten Peter-Doms und der zerlegten Trümmerdächer getilgt. München ist wiederaufgebaut: Sankt Michael, die doppel-türmige Theatiner Kirche, und als modernes Wahrzeichen an Stelle der von Hitler abgebrochenen Matthäus-Kirche erhebt sich der Sendlinger Torplatz. Wer durch die Straßen geht, ist beglückt von der architektonisch gelungenen Mischung aus modernem Zweckbau und historisch ergänzter Fassade. Aber eine Kostbarkeit besonderer Art erwartet den Liebhaber dieser Stadt im Brunnenhof der Residenz: Unter den Händen münchenerischer Handfertigkeit ersteht das alte Residenz-Theater des François Couvillié in fast unbekannter Pracht. Sorgliche Hände retteten den zauberischen Rokoko-Prunk, dieses Bühnen-Boudoirs vor den Bomben. Mit Mozarts „Figaros Hochzeit“ wird es in wenigen Wochen seine Auferstehung feiern. Mit diesem Zeugnis fürstlicher Kunstgenuss schmückt sich hier München, die hochberühmte Theaterstadt, wie mit einem alten Geschmeide.

Älteste Bundesbürgerin

Wanne-Eickel (ap). Die älteste Bürgerin der Bundesrepublik, die Witwe Ella Rentel, feierte in Wanne-Eickel ihren 106. Geburtstag. Die Jubilarin, die bereits mehrfache Urgroßmutter ist, war vor einem halben Jahr mit einem Aussiedlertransport aus dem Memelland nach Wanne-Eickel gekommen, wo sie bei ihrer ältesten Tochter lebt.

„Man erzieht uns zu großen Schweigern“

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mittelddeutschland

A. B. Berlin (Eigenbericht)

Solange westdeutsche Korrespondenten nur selten in die Sowjetzone einreisen dürfen, ist eine regelmäßige Berichterstattung verhältnismäßig schwer. Am aufschlußreichsten ist daher das, was die Parteipresse selbst über die Verhältnisse schreibt, insbesondere die Leserbriefe, mit denen oft ein kleines Ventil für die Unzufriedenheit der Bevölkerung geöffnet wird.

STRALSUND

HO teurer als Privatgeschäfte. Eine Leserin schreibt in der „Ostseezeitung“: Als ich mein zur Reparatur gegebenes Armband aus der HO-Goldschmiede abholte, mußte ich für das Erneuern eines Ringes 2 Mark bezahlen. Schon des öfteren hatte ich die gleiche Reparatur in einem Privatgeschäft ausführen lassen und brauchte dafür nur jedesmal 40 Pfennig zu zahlen. Ein HO-Handwerker kann doch nicht teurer sein als ein Privat-handwerker?

Die großen Schweiger. Auf den Delegiertenkonferenzen beklagten sich die Staatsfunktionäre, daß in den Verwaltungen und Instituten zu viele Leute sitzen, die Auseinandersetzungen scheuen oder gar vertuschen. Zu viele gäbe es, die sich in Diskussionen als „große Schweiger“ auszeichnen. Sie werden ermahnt: „Nichts entgeht dem Scheinwerfer der Partei.“

Ein Erzieher wird „erzogen“. Zur körperlichen Arbeit wurde ein Lehrer der Gemeinde Kirchmulsow geschickt, weil er sich weigerte, die Existenz zweier deutscher Staaten anzuerkennen und damit angeblich die Zonenrepublik verunglimpft hat. Mitbürger, Eltern und Schüler wurden beschuldigt, durch Schweigen zu dieser Bestrafung keine Stellung genommen zu haben.

LEIPZIG

Reisegenehmigungen nur montags und freitags. Reisen nach Westdeutschland können nach Mitteilung der Volkspolizei

Leipzig nur an zwei Wochentagen, und zwar montags und freitags von 13 bis 16 Uhr, beantragt werden. Hinzugefügt wird: „Die Bonner Regierung greift nach dem Bundestagsbeschluß zur Atomrüstung der Bundeswehr immer mehr zu Mitteln der Diffamierung und Schikane gegenüber Bürgern der DDR. Entsprechend dieser politischen Situation“, heißt es wörtlich, „können im Interesse der Sicherheit unserer Staatsbürger nur äußerst dringende Reisen zu nahen Verwandten, deren Trennung von ihren Angehörigen nicht willkürlich erfolgte, genehmigt werden. Die Volkspolizei bittet, von unnötigen Vorsprachen Abstand zu nehmen.“

Der Traum vom großen Glück — auch in der Zone. Die Annahmestellen für Lotto und Toto, die einst als kapitalistisch verpönt waren, werben zur Zahlung „freiwilliger Steuern“ an den Arbeiter- und Bauernstaat. In der 19. Spielwoche des VEB Zahlenlotto wurden 13 523 306 Lose für 6 761 653 Ostmark verkauft. 4 056 991,80 Ostmark gelangten zur Ausschüttung, und es gab 153 Gewinner mit 10 610 Ostmark. Die Gewinner werden aufgefordert, Spenden für das „Nationale Aufbauprogramm“ zu geben sowie einen Teil des Geldes auf „Sperrkonten“ festzulegen.

SCHÖNEBECK

Die Hausobleute sollen spitzeln. Nicht nur als Verteiler von Lebensmittellkarten dürfen sich die Hausvertrauensleute in Zukunft betätigen. Sie müssen die Hausbücher regelmäßig kontrollieren und feststellen, wer Reisen nach Westberlin unternimmt und welche Hausgemeinschaften sich nicht an der Ausschmückung der Häuser beteiligten oder an freiwilligen Aufbauschichten.

BORNA

„Jeder an seinen Frontabschnitt“ lautet die Parole im Braunkohlenwerk Borna, wo

sich die SED vergeblich bemüht, die Arbeiter „massenpolitisch“ zu gewinnen. Die Funktionäre sollen zu „unpolitisch“ sein und eine „ausgedehnte „Feindtätigkeit“ auf dem Lande zulassen. Es fehle der Klassenkampf und das Bewußtsein. SED-Mitglieder unterstützten den Kapitalismus, hingen an der „Begabten-Theorie“ und fügten damit dem Arbeiter- und Bauernstaat Schaden zu. Als auf der Delegiertenkonferenz einem Einzelbauern, dem man das Wasser abgraben wollte, der Kragen platzte, sagte er mit einem unmißverständlichen Seitenblick zum Dorfsowjet: „Auch er wundere sich über die stupide Art, mit der man die letzte Privatinitiative beseitige. Manchem könnte man mit dem Stiefel in den Hintern treten, wenn man weiß, was für welche man vor sich hat.“ Er wurde als KZ-Aufseher abgekanzelt. Ein Delegierter aus Borna sagte: „Es wird immer stiller um uns. Man erzieht uns zu großen Schweigern.“

MAGDEBURG

Bedeutende Exportschulden. Das Aufholen der Planrückstände steht in den Betrieben der Stadt Magdeburg an erster Stelle des „Kampfplanes“. Wie die „Volksstimme“ berichtet, bestehen im Georgij-Dimitroff-Werk für vier Millionen Rubel und im Ernst-Thälmann-Werk für 5,5 Millionen Rubel Exportschulden. VEB Maschinenbau Halberstadt — ein wichtiger Zulieferbetrieb — hat 1,7 Millionen Ostmark Exportschulden. Lieferverzug besteht bei Verträgen mit Polen, mit der CSR und mit der Sowjetunion. Die zentralgeleiteten Magdeburger Betriebe haben einen Rückstand in der Produktion von Massenbedarfsgütern von 50 Millionen Ostmark.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.

Belgrad setzt sich zur Wehr

„Rüder Ton und beleidigende Sprache der Prawda“

Belgrad (dpa). In einem ausführlichen Artikel weist das Blatt der jugoslawischen Kommunisten, „Borba“, die letzten Angriffe der sowjetischen „Prawda“ und der Pekinger Volkszeitung gegen Jugoslawien energisch zurück und verwahrt sich gegen den „rüden Ton und die zutiefst beleidigende Sprache“ der Moskauer Zeitung. Der Artikel, als dessen Verfasser in unterrichteten Kreisen der jugoslawische stellvertretende Ministerpräsident Kardelj gilt, schließt mit den Worten: „Wir müssen ganz deutlich vor der Illusion warnen, man könne mit prinzipienlosen Angriffen die jugoslawischen Kommunisten und die Völker Jugoslawiens ins Wanken bringen.“

Es werde nicht ein ideologischer Meinungsstreit geführt, sondern politischer Druck gegen Jugoslawien ausgeübt. Die „Prawda“ beschreibe mit der Überbetonung der ideologischen Fragen einen Weg, den die sowjetische Führung unter Chruschtschow bisher verurteilt und verworfen habe.

In dem sich über dreizehn Spalten erstreckenden Artikel

Gegen Spionagefilm

München (ap). Der Sachbearbeiter des Spionagefalles „Katze“ bei der deutschen Abwehr während des zweiten Weltkrieges, Hugo Bleicher, hat bei einer Zivilkammer des Münchener Landgerichtes den Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen die Verleihfirma des Films „Die Katze“ beantragt. Bleicher begründet seinen Antrag damit, daß der deutsche Gegenspieler der im Film dargestellten französischen Spionin nur er selbst sein könne. Er habe damals dabei entgegen der Darstellung des Filmes niemals mit einem Schweizer Paß als angeblicher Neutraler das Vertrauen der „Katze“ erringen wollen und sie auch niemals zur Flucht in die Schweiz aufgefordert, um sie dort zu heiraten.

wird die Frage aufgeworfen, ob man es bei der bisherigen Zusammenarbeit mit Jugoslawien vielleicht gar nicht aufrichtig gemeint habe und nur erreichen wollte, daß Jugoslawien seine auf eigenen Erfahrungen beruhenden Positionen aufgibt. Stehen wir nun vor dem Übergang zu anderen Methoden gegenüber Jugoslawien?

Alle Welt weiß, daß Jugoslawien es immer abgelehnt hat, fremde Unterstützung unter politischen Bedingungen anzunehmen. „Die Annahme amerikanischer wirtschaftlicher Hilfe hat Jugoslawien nicht im geringsten davon abgehalten, alle außenpolitischen Handlungen der Sowjetunion zu unterstützen, die den jugoslawischen Interessen entsprachen, hat Jugoslawien auch nicht davon abgehalten, die DDR anzuerkennen.“

„Kreml schädigt sein Prestige“

Brief Titos an das Zentralkomitee der sowjetischen KP

Belgrad (ap). Das Zentralkomitee der jugoslawischen Kommunisten hat einen Brief an das sowjetische Zentralkomitee gesandt, in dem die Sowjets dem Vernehen nach darauf hingewiesen werden, daß die gegenwärtig von ihnen inspirierten Angriffe gegen Jugoslawien ernste Folgen für die sowjetische Außenpolitik mit sich bringen und das Prestige Moskaus in der Welt schädigen könnten. Die bestehenden „ideologischen Differenzen“ zwischen dem sowjetischen und dem jugoslawischen Kommunismus dürften zu keinem Druck auf Jugoslawien führen. Belgrad habe sich niemals einem Ultimatum gebeugt und werde dies auch in Zukunft nicht tun. Es wolle sich nicht dem Sowjetblock anschließen, sei aber bereit, „brüderliche Diskussionen“ fortzusetzen.

Das Schreiben, das im Ton gemäßigt, aber fest und vom Staatspräsidenten Tito in dessen Eigenschaft als Generalsekretär des Zentralkomitees unterzeichnet sein soll; stellt

Im Dienst des SSD

Berlin (ap/dpa). Nach einer Mitteilung des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen sind die Gepäckaufbewahrungsstellen der unter Zonenkontrolle stehenden Reichsbahn in Westberlin in den Dienst des SSD eingespannt worden. Die Gepäckaufbewahrung des Bahnhofes Zoo soll nach dieser Mitteilung Gepäckstücke, deren Besitzer als Flüchtlinge „verdächtig“ erscheinen, ohne Wissen der Eigentümer wiederholt nach Ostberlin geschafft haben. Bei der Abforderung hieß es dann, die betreffenden Stücke seien „nicht auffindbar“. Den Besitzern wurde empfohlen, sich beim Ostberliner Bahnhof Friedrichstraße zu melden und dort Nachfrage zu halten.

Der Untersuchungsausschuß warnt auf Grund dieser Meldungen alle Zonenbewohner und Flüchtlinge davor, den in Westberlin gelegenen Dienststellen der Reichsbahn Gepäckstücke zur Aufbewahrung anzuvertrauen.

die Antwort auf einen Brief des sowjetischen Zentralkomitees dar, in dem verlangt worden war, daß sich Jugoslawien dem Sowjetblock anschließe.

Politische Beobachter in der jugoslawischen Hauptstadt glauben, Anzeichen für einen beträchtlichen wirtschaftlichen Druck der Sowjets auf Jugoslawien feststellen zu können. Auch heben sie die Tatsache hervor, daß der Kreml geplante Jugoslawien-Besuche verschiedener sowjetischer Delegationen abgesagt hat, während Belgrad fortfährt, Abordnungen zu entsenden.

Zerstörte Illusion

Washington (ap). Außenminister Dulles hat auf einer Pressekonferenz erklärt, das Streben nach schneller Einberufung einer Gipfelkonferenz scheine in aller Welt abgenommen zu haben. Besprechungen mit den Sowjets hätten an der Zerstörung der Illusion mitgewirkt, daß ein Treffen der Regierungschefs die internationalen Probleme rasch zu lösen vermöge.

Gefängnis für Rostocker Professor

Wegen angeblicher „Diffamierung der volksdemokratischen Ordnung“

Berlin (ap/dpa). Der Direktor der Rostocker Universitätsnervenklinik, Professor Dr. v. Stockert, wurde wegen angeblicher Staatsverleumdung vom sowjetzonalen Bezirksgericht in Rostock zu einem Jahr Gefängnis mit zweijähriger Bewährungsfrist verurteilt. Der Angeklagte war nach einer Meldung der sowjetzonalen Nachrichtenagentur adn beschuldigt, in seinem Wirkungskreis wiederholt die „volksdemokratische Ordnung der DDR diffamiert und mit antisemitischen Äußerungen geächtete Bürger wegen ihrer jüdischen Abstammung“ beleidigt zu haben. In der zweitägigen Verhandlung sei laut adn klar zutage getreten, daß sich Professor Stockert von den „verderblichen Einflüssen seines langjährigen Aufenthaltes in Westdeutschland“ noch nicht gelöst habe.

Wissenschaftler geflüchtet

Der Leiter des Radiosondendienstes im meteorologischen Dienst der Sowjetzone, der 62jährige Dr. Paul Beelitz, ist mit seiner Frau nach Westberlin geflüchtet. Nach seinen Angaben hat er die Westberliner Behörden um Asyl gebeten, weil sich der seit Jahren bestehende politische Druck auf seine Person in den letzten Monaten zusehends verstärkt hat und ihm von seiten

der kommunistischen Gewerkschaft der Vorwurf der Militärspionage gemacht worden war. Beelitz war gleichzeitig von der sowjetzonalen Volksarmee zu beratender Tätigkeit herangezogen worden.

Das SED-Organ für den Bezirk Gera, „Volkswacht“, hat eine Reihe von Pfarrern aus Jena und Umgebung der „Bettetele“ beschuldigt. Den Pfarrern wird vorgeworfen, sie hätten bei Amtsbrüdern, Patengemeinden und karitativen Organisationen im Bundesgebiet um Pakete für sich und ihre Gemeindemitglieder „gebettelt“. Die „Volkswacht“ behauptet, die Pfarrer wollten mit ihrer „Bettelaktion das An-

sehen des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates herabsetzen“. Die Geistlichen hätten durch ihre Handlungsweise Gesetze der „DDR“ mißachtet.

Zuchthaus für Rückwanderer

Zwei Sowjetzonen - Flüchtlinge, die Brüder Karl-Heinz und Bodo Trost, die nach längerem Aufenthalt im Bundesgebiet in die Zone zurückkehrten, sind vom Bezirksgericht Rostock zu dreieinhalb und drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Ihnen wurde „Spionage“ vorgeworfen, weil sie im Westen Auskünfte über ihre Dienstzeit bei der Volkspolizei gegeben haben sollen.

Pankow schickt mehr Agenten

Dafür geht der Besucherverkehr immer weiter zurück

Berlin (ap/dpa). Der Besucherverkehr zwischen der sowjetischen Zone und der Bundesrepublik geht immer stärker zurück. Im April kamen nur noch 58 000 Besucher aus der Zone nach Westdeutschland, während es im April des Vorjahres fast 272 000 waren.

Staatssekretär Thedieck vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen führte diese Entwicklung in einer Sendung des RIAS auf die Absicht des SED-Zentralkomitees

zurück, die menschlichen Begegnungen auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Unter der sehr reduzierten Zahl von Reisenden aus Mitteldeutschland befinden sich nach Thediecks Mitteilung aber im wachsenden Maße Besucher, „die mit dunklen, aber sehr eindeutigen Aufträgen der Pankower Machthaber ausgestattet sind“. Das Ziel all dieser Aktionen, so sagte Thedieck, sei die Ausdehnung der SED-Herrschaft auf ganz Deutschland. Es sollte sich daher niemand darüber wundern, „daß wir hier nicht tatenlos die Aktivität dieser sowjetzonalen Sendboten hinnehmen“.

Chruschow beschenkte Nasser

Das dritte Flugzeug — Forschungsinstitut und Augenklinik

Kairo (ap). Der sowjetische Ministerpräsident Chruschow hat Staatspräsident Nasser fünfzehn Prozent der Ratenzahlungen für Waffen- und Maschinenlieferungen erlassen, wie die Zeitungen der ägyptischen Hauptstadt am Sonnabend bekanntgaben.

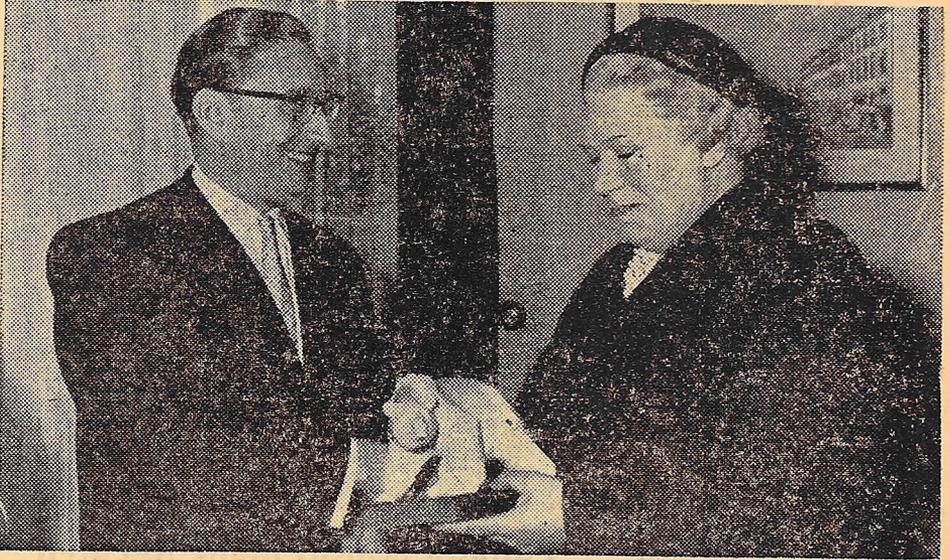
Die sowjetische Regierung hat Nasser außerdem ein großes Flugzeug des Typs „Ilhju-schin“ geschenkt, das dritte, das er in den vergangenen Jahren von der Sowjetunion erhielt. Ferner hat die Sowjetunion der Vereinigten Arabi-

schen Republik ein komplettes Baumwoll - Forschungsinstitut sowie eine Augenklinik zum Geschenk gemacht.

Nassers ältester Sohn, der achtjährige Khaled, erhielt von Chruschow eine elektrisch betriebene Modell-Weltraumstation. Außerdem hat der sowjetische Ministerpräsident die drei Söhne und zwei Töchter Nassers eingeladen, ihre Sommerferien zusammen mit seinen Enkelkindern im russischen Schwarzmeerbäd Sotschi zu verbringen.

6. US-Flotte umgruppiert

Washington (ap). Die amerikanische Marine hat eine Umgruppierung ihrer Atlantikflotte bekanntgegeben. Dadurch soll die Verteidigungsfähigkeit in der gegenwärtigen unruhigen Periode verbessert werden. Beobachter erblicken darin eine Vorsichtsmaßnahme, um die sofortige Einsatzbereitschaft im östlichen Atlantik zu erhöhen, falls die Spannungen im Mittelmeer eine Verstärkung der 6. amerikanischen Flotte erfordern sollten.



BILDER DER WOCHE. Oben: Einen Berliner Bären überreichte Bürgermeister Amrehn dem einzigen weiblichen Bürgermeister Großbritanniens, Mrs. Pearl M. Hyde aus Coventry, die dieser Tage Berlin besuchte. — Unten: Deutscher Fußballmeister wurde Schalke 04 mit einem 3:0-Sieg über den Hamburger SV, Uwe Seeler (links) war ein energievoller Kämpfer, aber die Schalcker Deckungsspieler, wie hier Mittelläufer Laszig, deckten ihn gut und hart.

